

# Drei Prozent, ein Prozent, Hoffnung

**Die Löhne in Graubünden werden sich auf kommendes Jahr hin sehr unterschiedlich entwickeln: Die Hamilton AG zahlt drei Prozent mehr, der Kanton kündigt eine Nullrunde an. Andere Arbeitnehmer müssen sich noch gedulden.**

Von Olivier Berger

**Chur/Bonaduz.** – Ein Prozent mehr Lohn will der Schweizerische Bau- meisterverband im kommenden Jahr bezahlen. Das hat der Verband vergangene Woche mitgeteilt – und damit bei den Gewerkschaften einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Gefordert hatten diese eine Lohnerhöhung von drei Prozent und einen Sockelbeitrag von 150 Franken, wie Vitus Locher, Präsident des Gewerkschaftsbunds Graubünden, erklärt. Bei seinen For-

derungen stützt sich Locher auf den guten Geschäftsgang im Baugewerbe und die positiven Prognosen für das kommende Jahr.

Mehr als das national angebotene eine Prozent mehr Lohn dürfen auch die Bündner Bauarbeiter nicht erwarten. «Wir werden uns nach den Vorgaben des nationalen Verbands richten», betont Franco Lurati, Präsident des Bündner Baumeisterverbands. Lurati ist der Meinung, «dass sich das Baugewerbe mit seinen Sozialleistungen schon heute nicht zu verstecken braucht».

**Hamilton zahlt drei Prozent mehr**

Für die übrigen Branchen fordern die Gewerkschaften laut Locher Lohn- erhöhungen im gleichen Umfang wie für das Baugewerbe. In der Industrie allerdings würden die Entscheidungen individuell getroffen. Bereits entschieden hat die Hamilton AG in

Bonaduz. Das Medizinaltechnik-Unternehmen bezahlt seinen Angestellten laut CEO Andreas Wieland im kommenden Jahr drei Prozent mehr Lohn. «Alle Mitarbeiter erhalten mehr», betont Wieland. Besonders stark angehoben würden die tiefen Gehälter, die Löhne von jungen Mitarbeitern und von hochqualifizierten Spezialisten. «Als Unternehmen muss man die Angestellten auch am Erfolg teilhaben lassen», sagt Wieland.

Erst im Frühling fällt der Lohnentscheid bei der Ems-Chemie-Gruppe, wie Mediensprecher Conrad Gericke erklärt. Auch die Angestell-

ten des Bündner Stromversorgers Repower AG müssten sich noch bis zum



«Als Unternehmen muss man die Angestellten auch am Erfolg teilhaben lassen»

**Andreas Wieland,** CEO der Hamilton AG, bezahlt 2011 drei Prozent mehr Lohn.

April gedulden, bis allfällige Lohnerhöhungen wirksam werden, so Mediensprecher Werner Steinmann. Während die Ems-Chemie-Gruppe ihre Lohnrunden schon länger erst im Frühling durchführt, ist das für Repower ein Novum. «Wir organisieren gerade unsere gesamte Personalentwicklung neu», erklärt Steinmann. Ebenfalls noch nicht über die Löhne für das kommende Jahr entschieden haben die Südostschweiz Medien. Laut CEO Andrea Masüger wird der Entscheid-

voraussichtlich Anfang Dezember fallen. «Die Lohnrunde findet bei uns traditionellerweise in einer zweiten Budgetierungsphase statt.»

**Nullrunde beim Kanton**

Die kantonalen Angestellten dagegen werden im kommenden Jahr laut Finanzdirektor Martin Schmid gleich viel verdienen wie bisher. Der Kanton werde lediglich seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen, welche ein Prozent der gesamten Lohnsumme für individuelle Anpassungen vorsehen. Zudem würde eine allfällige Teuerung ausgeglichen. Ausschlaggebend dafür wäre die Teuerung per Ende des laufenden Monats, so Schmid. «Ich gehe aber nicht davon aus, dass es eine Teuerung gibt.» Eine Diskussion über eine über die gesetzlichen Vorgaben hinaus gehende Lohnerhöhung für die Angestellten habe nicht stattgefunden.

**Trin investiert in seinen Schutzwald**

**Trin.** – Die Gemeindeversammlung von Trin hat am Freitag einen Bruttokredit von 2,4 Millionen Franken für die Instandstellung des Lawinenschutzes Runca genehmigt. Der Voranschlag 2011 wurde genehmigt. Das Budget der Laufenden Rechnung schliesst bei einem Ertrag von rund 5,7 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 99 000 Franken.

Das Budget des Elektrizitätswerks Mulin sieht einen Aufwandüberschuss von rund 4800 Franken vor. Das Investitionsbudget rechnet bei Einnahmen von 20 000 Franken mit Nettoinvestitionen von 155 000 Franken. Der Steuerfuss für 2011 wurde auf 100 Prozent belassen.

Gemeindepräsident Hans Telli wurde ebenso im Amt bestätigt wie die Gemeindevorstände Maurus Cafilisch, Armin Panzer und Roman Casty. Neu in den Vorstand gewählt wurde Stefan Cahenzli. Neuer Gemeindepräsident ist Armin Panzer. (so)

**Valzeina deutlich für Waldreservat**

**Valzeina.** – An der letzten eigenen Gemeindeversammlung vor der Fusion mit Grüşch und Fanas haben sich die Stimmberechtigten von Valzeina am Freitag für das geplante regionale Naturwaldreservat ausgesprochen. Vorgängig sei die Versammlung über das Projekt informiert worden, erklärte Gemeindegast Liselotte Züst-Jans gestern auf Anfrage. Einen Kreditentscheid habe Valzeina nicht fällen müssen. Der Grundsatzentscheid zum Waldreservat sei das einzige Traktandum der Versammlung gewesen, erklärte Züst-Jans. (so)

**GLP fasst Nein-Parole zur SVP-Initiative**

**Chur.** – Die Grünliberale Partei (GLP) Graubünden lehnt die Ausschaffungsinitiative der SVP ab. Dem Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament gibt die Partei laut Mitteilung den Vorzug. Eine Anpassung und das Respektieren von Schweizer Werten sowie Rechten durch die zugewanderte Bevölkerung sei selbstverständlich. Anders als die Initianten der Ausschaffungsinitiative erachtet die GLP «eine gut durchmischte Bevölkerung als eine Bereicherung».

Auch für die SP-Steuerrechtsinitiativen fasst die GLP die Nein-Parole. An der kantonalen Steuerhoheit solle nicht gerüttelt werden. Denn heute stehe mit dem Finanzausgleich und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton ein «ausreichendes Instrumentarium» zur Verfügung. (so)

# Bündens fünftgrösste Gemeinde in Arbeit



**Aufgegleist:** Klappt die Fusion, bilden Ilanz (Bild) und 13 weitere Fraktionen ab 2013 eine der bevölkerungsreichsten Gemeinden im Kanton. Bild: Jano Felice Pajarola

**Seit einem Jahr arbeitet die Projektorganisation «Ilanz plus» an der Fusion von 14 Gemeinden um Ilanz. Erste Eckpfeiler sind nun gesetzt.**

Von Jano Felice Pajarola

**Ilanz.** – Sie stecken noch mitten in der Fusionsanalyse, der zweiten von vier Phasen zwischen den Vorabklärungen und der Umsetzung eines Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses. Trotzdem haben die Kommissionen von «Ilanz plus» – eine strategische unter Ständerat Theo Maissen und eine operative unter Aurelio Casanova – am Samstag in Ilanz ein erstes Mal die Bevölkerung informiert: über die bisherigen Erkenntnisse aus ihrer Arbeit. Rund 400 Personen aus dem möglichen zukünftigen Gemeindegebilde leisteten der Einladung Folge, Einwohnerinnen und Einwohner aus Castrisch, Duvin, Ilanz, Ladir, Luven, Pigniu, Pitasch, Riein, Rueun, Ruschein, Schluein, Schnaus, Sevgein und Siat. Sollte «Ilanz plus»

Wirklichkeit werden, würde aus diesen 14 Gemeinden eine Einheit entstehen, 13 800 Hektaren gross und 5150 Einwohner stark. Bezüglich Fläche wäre das zwar nur die elftgrösste, bezüglich Bevölkerungszahl aber die fünftgrösste Bündner Gemeinde. «Sie hätte ein erhebliches politisches Gewicht», so Maissen am Samstag.

**Parlament soll eingeführt werden**

Zu vier Themenbereichen liegen momentan Ergebnisse vor:

- **Gemeindeorganisation:** Die beiden Kommissionen schlagen die Einführung eines Parlaments mit 25 Mitgliedern vor. Acht davon kämen aus Ilanz, je zwei aus den grösseren Gemeinden Rueun, Ruschein, Schluein und Castrisch, je einer aus den übrigen. Ihre Wahl würde – mit offiziellen Fraktionsvorschlüssen – über die Gesamtgemeinde erfolgen. Der fünfköpfige Gemeindevorstand würde an der Urne gewählt, ohne Herkunftsvorgabe. Die Gemeindeversammlung will man als Orientierungsversammlung erhalten.
- **Verwaltung:** Die Kanzlei soll schrittweise in Ilanz konzentriert werden. Es gäbe keine «Satellitenbüros», aber einen Ausbau des virtuellen Schalters im Internet. Auflagen würden weiterhin in den Fraktionen erfolgen, örtliche Begegnungsorte müssten deshalb erhalten bleiben. Entlassungen von Angestellten soll es dank natürlichen Fluktuationen nicht geben.
- **Forst- und Werkdienst:** Die neue Gemeinde soll ein einziges Forstrevier bilden und der technische Betrieb unter eine Leitung kommen. Die Standorte sollen aber dezentral bleiben.
- **Schule:** Auch hier würden die heutigen Standorte beibehalten, die Schulen würden aber unter eine gemeinsame Leitung gestellt, und es gäbe auch nur noch einen Schulrat. Würden die

Schülerzahlen mittelfristig unter bestimmte Werte fallen (fünf im Kindergarten, zwölf in der Primar-, 25 in der Oberstufe), könnte das Parlament einen Standort aufheben, dagegen wäre aber das Referendum möglich.

**Heikle Themen kommen noch**

Weitere – erfahrungsgemäss zum Teil heikle – Themenbereiche sind derzeit in Bearbeitung: Finanzen, die Sprache (13 Gemeinden haben Romanisch als Amtssprache, Ilanz Deutsch) und die Landwirtschaft. Dort ist man gemäss

Casanova schon auf gutem Weg; prinzipiell wolle man «gewachsene Strukturen nicht unnötig verwerfen». Inputs dazu – und zu den anderen Bereichen – soll neben drei am Samstag durchgeführten Workshops auch die Auswertung eines Fragebogens ergeben, der heute an alle Haushaltungen im Gebiet geht.

Seitens der Kommissionen ist man zufrieden mit den bereits erhaltenen Rückmeldungen. «Die Bevölkerung», so Maissen, «steht dem Projekt durchaus offen gegenüber.»

ANZEIGE

## Anlageempfehlung der Woche.

Wasser – das blaue Gold.

Die Wasserversorgung ist für Milliarden von Menschen heute noch nicht realisiert. Anbieter, deren Tätigkeitsfeld in den Bereichen Wasserversorgung, Wasserinfrastruktur und Wasserreinigung liegt, blicken einem signifikanten Wachstumspotenzial entgegen. Besonders interessant sind Unternehmen, die über Expertisen, Technologien und Produkte zur Ver- und Entsorgung von Wasser und Abwasser verfügen. Die GKB empfiehlt deshalb den Fonds «Swisscanto Equity Fund Water» mit dem Valor 3 118 716 zum Kauf. Dieser investiert weltweit in Firmen, die in den beschriebenen Bereichen tätig sind.

Ihr Kundenberater bei der Graubündner Kantonalbank unterstützt Sie gerne beim Aufbau eines auf Sie zugeschnittenen Portfolios.

www.gkb.ch/privatebanking



**DER FUSIONSFAHRPLAN**

**Nach der ersten Bevölkerungsinformation vom Samstag geht es mit dem Projekt «Ilanz plus» nun so weiter:**

- **Im Mai 2011** soll der Schlussbericht zur Fusionsanalyse verabschiedet werden; danach geht er zur Vernehmlassung in die Gemeinden. Bei positivem Echo wird der Fusionsvertrag erstellt.
- **Mitte 2012** soll die Fusionsabstimmung in den 14 Gemeinden erfolgen.
- **Ab Januar 2013** könnte die neue Gemeinde dann Realität sein.